

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanngasse 20.
Spargelstunden der Redaction
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-5 Uhr.

Bei der Abnahme des Jahrganges
werden auch die Redactionen und
Expeditionen mitgenommen.

Kannahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zeitschriften an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.

In den Filialen für Auf. Anzeigen:
Otto Krumm, Lindendammstr. 22,
Sauls 24/25, Katharinenstr. 18, u.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,400.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,
incl. Frangirlos 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.
mit Postbeförderung 40 Pf.

Inserate 1/2 Spalte 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Cay nach höherem Satz.

Reclamen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

Nr. 365.

Sonntag den 5. December 1880.

74. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 8. December a. e. Abends 6 1/2 Uhr im Saale der L. Bürgerhalle.

Tagesordnung:

- I. Wahlen für das Armendirectorium.
- II. Gutachten des Finanz-Ausschusses über die Conten 1, 2, 3, 4, 5, 7, 10, 18, 29, 32, 39, 40, 42, 44, 45 und 46 des Haushaltsplanes für 1881.
- III. Gutachten des Oekonomi-Ausschusses über die Budgetconten 8, 9 und bez. 10.
- IV. Gutachten des Schul-Ausschusses über die Volksschulbudgets pro 1881.
- V. Gutachten des Bau- und Oekonomi-Ausschusses über: a. den Parcellirungsplan für den Lehmann'schen Garten; b. die Abänderung der östlichen Fluchtlinie der Reiger Straße bei der Einmündung in die Körnerstraße.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Einkommensteuereinschätzung auf das Jahr 1881 werden gegenwärtig diejenigen Beitragspflichtigen, deren Einkommen nicht zweifellos unter dem Betrage von 1600 M. bleibt, zur schriftlichen Declaration ihres Einkommens unter Vorlegung eines Declarationsschemas und unter Einräumung einer genügenden, vom Tage der Bekundigung ab zu rechnenden Frist, deren Verläumdung den Verlust des Reclamationssrechtes für das laufende Steuerjahr nach sich zieht, aufgefordert.

Gleichzeitig wird in Gemäßheit von §. 63 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli 1878 erlassenen Ausführungsverordnung vom 11. October desselben Jahres hierdurch bekannt gegeben, daß auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung nicht zugeföhrt wird, es freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis zum 4. Januar 1881

in der alten Nicolaischule, Nicolaitirchhof Nr. 12, einzureichen, woselbst auch Declarationsschemata unentgeltlich in Empfang genommen werden können. Es werden auch ferner alle Vormünder, insgleichen alle Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personvereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögensverwalters ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen des, für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen an obengedachter Expeditionsstelle auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugeföhrt worden sind.

Leipzig, den 29. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roß.

Bekanntmachung.

Das Diocesan- zu Laucha mit Pfarramt zu Vertitz kommt demnächst zur Veräußerung. Mit dem Bemerkten, daß das Einkommen der Stelle neben freier Wohnung 2754 M. 66 S. beträgt, fordern wir diejenigen, welche gewonnen sind, um dieses Amt sich zu bewerben, auf, Gesuche nebst Zeugnissen bis zum 22. December d. J. bei uns einzureichen.

Leipzig, den 29. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georßschmidt.

Albanien und Griechenland.

Der letzte Act des Trauerspiels von Dulcigno ist, Daß dem Fürsten Nikita, etwas lombardisch verlaufen. Zum guten Glück für die Autorität der Großmächte Europas ist der Großherr der Gläubigen so verständig gewesen, den Klügeren zu spielen, der nach dem deutschen Sprichworte derjenige ist, welcher nachgibt. Es ist in der That schwer zu sagen, was anderenfalls geschehen wäre. Wahrscheinlich wäre darüber nicht das türkische Reich, so eingeschränkt sein Territorium auch ist, wohl aber die Einigkeit und der Friede der friedensliebenden Großmächte in die Brüche gegangen. Es hätte sich gezeigt, auf wie zerbrechlichen Füßen der imponirende Koloss, das Schiedsgericht Europas, steht, und wie losse der Zusammenhang ist, der die Großmächte verbindet. Es ist besser so, wie es gekommen ist, wenigstens es als ein Irrthum erscheint, zu meinen, daß nun alle Gefahr vorüber sei.

Die Anstalt, welche der französische Minister des Auswärtigen, Herr Barthélemy Saint-Hilaire im Senat über die französische Orientpolitik ertheilt hat, läßt deutlich erkennen, daß hinter der Dulcignofrage noch die griechische Frage lauert, die, um sich zu erheben, auch neue Schwierigkeiten zu machen droht. Der französische Staatsmann sagte, daß er hoffe, diese Frage sei ohne Zwangsmittel zu lösen. Damit gesteht Herr Saint-Hilaire zu, daß die Lösung jetzt vorgenommen werden soll und daß Zwangsmittel als letztes Geschick im Hintergrunde gehalten werden, durch welche man den eventuellen Widerstand der Pforte brechen will. Auch wir wollen hoffen, daß sich die Zuredung des französischen Staatsmannes erfüllen möge; aber daß dies geschähe, da u. hat die Diplomatie, welche die Flottendemonstration ins Werk setzte, verzweifelt wenig beigetragen.

Schon dadurch, daß man von Anfang an als Bestimmung des Zweckes der Flottendemonstration die griechische Frage mit der Dulcigno-Angelegenheit verband, hat man die moralische Verpflichtung auf sich genommen, jene im Anschluß an diese und mit denselben Mitteln, wie diese, zur Entscheidung zu bringen. Es wird immer wie ein schwächlicher Rückzug erscheinen, wenn man jetzt nach Erreichung nur eines Theiles des vorgesezten Zweckes die Demonstration beendigt. Griechenland würde über Verachtung, das Vertrauen in die Festigkeit und Sicherheit der Pforte durch die Coalition der Mächte verlieren und geneigt werden, sich Rußland in die Arme zu werfen.

Dieses würde natürlich nicht säumen, ihm die Vorzüge seiner zielbewußten und energischen Orientpolitik, gegenüber der zerfahrenen, bald provocirenden, bald abwiegelnenden Politik der übrigen Mächte ins rechte Licht zu stellen. Damit wäre natürlich der Zweck, den die Gegner der Russen mit der Begünstigung Griechenlands im Auge hatten, die Griechen als Gegengewicht gegen den russischen

Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu benutzen, vorläufig durchkreuzt.

Es zeugt von Loyalität und ist sicherlich wohl gemeint, wenn Barthélemy Saint-Hilaire versichert, daß man sich seitens der Cabinets demüthe, Griechenland zur Mäßigkeit zu ermahnen; aber wahrscheinlich kommt diese diplomatische Intervention zu spät. Gestützt auf die Politik und die Versprechungen von West-Europa ist Griechenland förmlich gewaltsam von seiner Regierung in einen anmaßenden Kriegszustand hineingezogen worden, und wenn trotzdem auch die große Masse des griechischen Volkes theilnahmslos geblieben ist, so haben die Heteroien in den politisch einflußreichen Theilen der Bevölkerung doch derart verlangt, daß der hellenische Egoismus sich schwerlich durch das guthmüthige Jureden der mangelmüthigen Diplomatie wird beruhigen lassen.

Schon heute läßt sich voraussehen, daß die Stellung der griechischen Regierung, in Folge des activen Verschuldens der Diplomatie Frankreichs und Englands und des passiven Zuschauens der Cabinets der übrigen Mächte, eine sehr mißliche sein wird. In keinem Falle aber wird das Vertrauen in die Politik des vereinigten Europa bei Volk und Regierung in Griechenland sehr gestärkt sein. Der Kriegszustand in Athen wird eine fernere Beunruhigung der Bevölkerung reger und die orientalische Frage in der Schwere erhalten. Auf Albanien — Griechenland ist heute die Signatur der Lage, und die Vertuschung der bestehenden Friedensgefahr erscheint zur Stunde als ein vielleicht geboten, aber völlig unzureichendes Auskänftsmittel, um Griechenland zu Kräften kommen zu lassen, bevor es der Türkei den Krieg erklärt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. December.

Die jüngsten Differenzen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Finanzminister Dittler bestanden haben sollen und welche auch ein Dementi der „N. N. B.“ nicht in Abrede stellt, werden in parlamentarischen Kreisen darauf zurückgeführt, daß Fürst Bismarck verlangt habe, die Regierung solle sich für den Antrag der Fortschrittspartei bezüglich des Steuer-Erlasses erklären. Es wurde f. B. mit Bestimmtheit versichert und ist dem nicht widersprochen worden, daß der Antrag Richter gerade das ursprüngliche Project des Reichsanwalters bildete und von dem Finanzminister auf den vorläufig einmaligen Steuer-Erlaß nur gleichsam heruntergehandelt worden war, so daß Fürst Bismarck hinterher nicht wenig ungehalten geworden, als man sich in dieser Weise von der Fortschrittspartei den Rang hatte ablaufen lassen. Inzwischen sind aber die Aussichten selbst des einmaligen Steuer-Erlasses so düster geworden, daß die Differenz ziemlich gegenstandslos erscheint. Man erwartet in liberalen Kreisen,

die Mitwirkung des Centrums dafür zu finden, daß über den Steuer-Erlaß kein Beschluß gefaßt wird, ehe vollständige Klarheit über das nun entweder durch erhöhte Nationalbeiträge oder neue Steuern zu bedeckende Deficit des Reichshaushalts-Etats erlangt sein wird.

In der Angelegenheit, die Nichtbestätigung des Predigers Dr. Hasenclever betreffend, hat der Magistrat von Berlin beschloffen, gegen den abweisenden Bescheid des Oberkirchenraths auf die erste, durch die Mächter jetzt zur allgemeinen Kenntniß gelangte Beschwerde des Magistrats nochmals vorstellig zu werden und die nachträgliche Bestätigung des Predigers Hasenclever zu verlangen. Gleichzeitig sollen aber die Kirchenvorstände der Berliner Dorotheenkirche aufgefordert werden, anderweitige Vorschläge zur Besetzung der erledigten Stelle zu machen.

Die vielgenannte Elise Hesse, welche in ihrer Anklage gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten von Berlin, Herrn von Wurmb, überall abgewiesen worden ist, hat sich jetzt wiederum zu einer Petition an das preussische Abgeordnetenhaus in Form einer in Bern gedruckten Broschüre mit der Aufschrift: „Gott und mein Recht“ gewandt. Sie bringt die bekannnten Anschuldigungen gegen Herrn von Wurmb abermals vor. Zur Glaubhaftmachung ihrer Angaben beruft sie sich auf das Zeugniß mehrerer Damen. Die Petentin bittet schließlich: Das Abgeordnetenhaus wolle beauftragt werden, eine Commission zur Untersuchung der vorgetragenen Thatfachen aus seiner Mitte ernennen oder diese Bittschrift an den Justizminister zur Aufklärungsbefehlung über die Beschwerde zu verweisen und der Petentin so Genugthuung zu verschaffen. Die Petition wird der Justizcommission übermiesen werden.

Mit Ausnahme des Militäretats liegt die Mehrtheit der Specialstats für den nächstjährigen Reichshaushalt (1881/82) dem Bundesrathe vor. Auch aus dem Post- und Telegraphen-Etat sind jetzt die Hauptziffern veröffentlicht. Für die jüngeren Postbeamten wird es von Interesse sein, zu erfahren, daß eine Anzahl von Postpraktikanten in diesen Tagen aus Anlaß ihrer bevorstehenden Anstellung als Postsecretäre aufgefordert sind, die Dienststation auf den für Secretäre vorgeschriebenen Betrag von 1500 Mark zu erhöhen. Auch steht die Beförderung angestellter Assistenten zu Post-Assistenten in Aussicht.

Am 2. December hat in Hamburg die zehn-jährige Feter der für die hanseatischen Regimenter besonders denkwürdigen Schlacht bei Voigny in großartiger Weise, unter Theilnahme des gesamten Officiercorps Hamburgs, Altonas und Wandsbeks, des ganzen Senats, der Spitzen der Behörden und sämtlicher Kriegervereine von Hamburg und Umgegend, an dem reich geschmückten Kriegerdenkmale stattgefunden. Der frühere Divisionsparrer der 17. Division hielt eine kurze,

lernige Soldatenpredigt, dann brachte der Versammelte der Kampfgemeinschaften ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Die Regimentcapellen spielten. Zum Schluß fand ein großes Gastmahl im Officiercasino statt.

Aus dem Lande der Obertrien ist eine bemerkenswerthe Kunde zu vernehmen. Im mecklenburgischen Landtage zu Malchin gelangten am 20. November Rescripte beider mecklenburgischen Regierungen, betreffend Aufhebung der obligatorischen Civilehe, zur Berathung. Auf das seit 4 Jahren mehrmals wiederholte Gesuch der Ritterschaft — die Ritterschaft hatte ihre Theilnahme durch Majoritätsbeschluß abgelehnt — erklären jetzt beide Regierungen ihre Uebereinstimmung mit dem Wunsche, daß die obligatorische Civilehe wieder beseitigt werde, und ihre Geneigtheit, bei sich bietender Gelegenheit in diesem Sinne im Bundesrathe wirken zu lassen.

Mit der Corvette „Carola“ wurden, wie aus Kiel gemeldet wird, noch drei Schwesterfahrzeuge gleichzeitig im Jahre 1879 in Bau gegeben, und zwar zwei derselben auf der Werft des „Vulkan“ in Stettin, eine bei der Reiherringerwerft in Hamburg, eine auf der kaiserlichen Werft in Danzig. Es sind dies die ersten eisernen Stabsdeckcorvetten der deutschen Marine, die mit Rücksicht hierauf und wegen erheblicher Constructionsdifferenzen gegen die bereits vorhandenen Schiffe gleichen Ranges den Typ einer neuen Classe der Stabsdeckcorvetten darstellen. Zwei dieser neuen Schiffe sind bestimmt, die Corvetten „Augusta“ und „Victoria“ zu heißen, die bereits im Jahre 1864 seitens der Marineverwaltung vom Schiffbaumeister Arman in Bordeaux angekauft wurden. Durch die Corvette „Carola“ hat der Bestand der Kreuzer dritter Classe, welche durch die Schiffe vom Typ „Aradne“ bezeichnet werden, einen bedeutenden Zuwachs erfahren.

Das officiële Wiener „Fremdenblatt“ meldet, Deutschland hätte sich direct gegen den jüngsten Vorschlag Englands betreffs eines ideellen Beisammensiedens der Flotte ausgesprochen. — Guter Bernahmen nach ist denn auch die Auflösung der internationalen Flotte am Freitag erfolgt und werden bereits heute einige Schiffe nach anderen Stationen auf Cattaro abgehen. — Dem „Daily News“ zufolge verlautet in officiellen Wiener Kreisen, daß die Mächte beabsichtigen, ein internationales Protokoll als Nachtrag zum Berliner Vertrage zu entwerfen, welches die Umstände bezeichnet, unter denen Dulcigno übergeben wurde. Es wird Bürgschaften für die Sicherheit der in Dulcigno verbleibenden Russen versprochen.

Morgen wird in der Dobrudschica der Jahrestag gefeiert werden, an dem Rumänien von dieser Provinz Besitz ergriffen hat. In den Städten Tuitcha und Ruffensche werden die Professoren nach einem in den Kirchen abgehaltenen Ledem